

NETZTELEGRAMM

Informationen des Ökumenischen Netzes Rhein · Mosel · Saar

März 2015

www.oekumenisches-netz.de

Liebe Leserinnen und Leser des Netz-
Telegramms,

auch in dieser Ausgabe geht es um die Weiterarbeit an der Neuformulierung unseres Grundlagenpapiers „Das Ganze verändern“. Nach der radikalen Kritik an Mehrwert und Markt, der Kritik an Arbeit und Staat sowie der weiblich konnotierten Abspaltung steht nun die philosophische Grundlage des warenproduzierenden Patriarchats im Vordergrund: Die Aufklärung. Nach einem einführenden Text zur emanzipatorischen Kritik der Aufklärung folgt eine Kurzfassung des Referates von Daniel Späth bei der letzten Netzversammlung zu eben diesem Thema. Nach einer kapitalismuskritischen Einordnung der Freihandelsabkommen zwischen der EU und USA/Kanada folgt die theologische Reflexion, in der die ‚Option für die Armen‘ im Zusammenhang mit der Trierer Bistumssynode stark gemacht wird.

Wie immer wünsche ich allen viel Vergnügen und Erkenntnis bei der Lektüre! Anmerkungen und Anregungen von Mitgliedern und SympathisantInnen (natürlich auch kritische!) zu den Texten sind ausdrücklich erwünscht – dafür vorab besten Dank!

Viele Grüße

Dominic Kloos

Warum selbst die Aufklärung in Frage gestellt werden muss

Versuch einer Einführung in die Notwendigkeit einer emanzipatorischen Kritik der Aufklärung

HERBERT BÖTTCHER/DOMINIC KLOOS

Radikale Kritik kann vor nichts halt machen, auch nicht vor der Aufklärung. Mit ihren Lobgesängen auf ‚Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit‘, auf das mündige Subjekt, seine Erkenntnis und seinen freien Willen scheint sie als die Erfüllung aller bisherigen Geschichte. Die Epoche der Aufklärung des 18. Jahrhunderts hat alles schon gesagt. Wir müssen es nur erfüllen und darin das Projekt der Philosophie der Aufklärung vollenden. Warum das nicht so ist und warum gerade die Aufklärung zum Gegenstand emanzipatorischer Kritik werden muss, versucht dieser Text einführend zu erläutern.

Das mit der Aufklärung verbundene Denken gibt sich allgemeingültig, universell. So wie sich die Aufklärung den Menschen denkt, so scheint er auch zu sein, und zwar ein zu selbstständiger Erkenntnis freies Subjekt, das sich nicht der Anleitung durch eine Autorität bedienen muss. Und was dem erkennenden Subjekt recht ist, kann dem handelnden Subjekt nur billig sein. Es kann, wenn es will. Die Grundlage seines Handelns ist sein freier Wille. Nicht zu vergessen die ‚Werte‘, allen voran die Menschenrechte. Auf der Grundlage der ‚Würde des Menschen‘ werden sie als für alle, d.h. universal gültige Werte verkündet. Sie scheinen so uni-

Inhalt

Warum selbst die Aufklärung in Frage gestellt werden muss	1
Eine Kritik der Aufklärung am Beispiel Immanuel Kants	4
TTIP & Co.	6
Theologische Reflexion	10
Termine	12



Eugène Delacroix, *Die Freiheit führt das Volk* (1830)

versal gültig, dass in ihrem Namen globale Kriege geführt werden, um diejenigen in Schach zu halten, die unaufgeklärten Terror produzieren und dabei die Menschenrechte verletzen.

Aufgeklärtes Denken ist aber weder so unschuldig noch so allgemeingültig, wie es sich in Schulbüchern und politischen Sonntagsreden gerne gibt. Es ist das Denken, das die Durchsetzung des Kapitalismus begleitet und rechtfertigt. Damit ist es alles andere als universal, sondern ausgesprochen partikular. Es bezieht sich, ohne darüber Rechenschaft zu geben, auf eine bestimmte Gesellschaftsform.

Es ist kein Zufall, dass es genau zu der Zeit seinen Ausgang nimmt, als der moderne Kapitalismus zum Durchbruch kam. Nach der ‚militärischen Revolution‘ (Geoffrey Parker) im 15. und 16. Jahrhundert und der Entstehung der Vorformen des modernen Staates samt militärischer Streitkräfte sowie verstärkt auf Geld basierender Gesellschaften verlief der frühkapitalistische Prozess ‚durch‘ den Absolutismus bis hin zur Industrialisierung. „Die moderne Wertvergesellschaftung begann sich nun auf ihren eigenen Grundlagen zu entfalten, wobei das Aufklärungsgedanken diese zweite Start-up-Phase, die in die wertförmige Industrialisierung mündete, als ebenso militante wie affirmative Zurichtungsideologie begleitete.“¹

Die sich mit dem Kapitalismus durchsetzende Moderne erscheint zwar gegenüber dem Feudalismus als Befreiung von personalen Verhältnissen der Abhängigkeit und Unterwerfung. Sie konstituiert aber ein neues, nicht personales, sondern ‚sachliches‘ Herrschaftsverhältnis: die abstrakte Herrschaft der Verwertung des Kapitals. „Die Aufklärung in allen ihren Variationen und Entwicklungsstufen hat immer nur diejenigen Zustände und Erscheinungen einer Kritik unterzogen, die irgendwie dem zermalenden Rad der Verwertungsbewegung im Wege standen. Eben deswegen war ihre Kritik an den vormodernen Zuständen eine Kritik von Herrschaft nur insofern, als den bisherigen

Herrschaftsformen mangelnde Effizienz und mangelnde Zugriffsfähigkeit bis ins Innere der Individuen vorgeworfen wurde. Der Anfang aufklärerischer Kritik war daher zugleich das Ende aller Kritik, das Verschwinden von Kritik in der selbstbezüglichen Form bürgerlicher Subjektivität. Aufklärung wollte eine grundsätzliche Kritik an

Dieses Sachgesetz der Verwertung von Kapital hat Karl Marx in die Kurzformel G-W-G’ gefasst. Geld (G) wird als Kapital eingesetzt, um – mittels der Verausgabung von Arbeit – Waren (W) als Träger von Wert und Mehrwert zu produzieren. Auf dem Markt werden sie getauscht und in Geld (G) bzw. Mehr-Geld (G’) zurückverwandelt. Mit dem paradoxen Begriff des ‚automatischen Subjekts‘ beschreibt Marx die widersprüchliche Wirklichkeit gesellschaftlicher Verhältnisse, die dem Gesetz der Verwertung unterworfen sind. Sie sind Ausdruck eines blinden Automatismus, der jedoch eines mit Bewusstsein ausgestatteten Trägers bedarf. Schließlich produzieren die Waren sich nicht selbst, sondern durch Handlungen der Produzenten, also der HandlungsträgerInnen abstrakter Arbeit. Und sie gehen auch nicht von selbst auf den Markt, sondern müssen von bewussten Akteuren dorthin ‚getragen‘ werden. Zum Bewusstsein der Subjekte als HandlungsträgerInnen im Verwertungsprozess gehört jedoch gerade nicht das Bewusstsein von dem gesellschaftlichen Rahmen, in dem sie handeln. Dieser wird nicht zum Gegenstand kritischer Reflexion. Das handelnde Subjekt handelt im vorgegebenen Rahmen eines blinden Automatismus. Es bleibt auf die Binnenrationalität des Verwertungsprozesses beschränkt. Dann aber ist „das ‚automatische Subjekt‘ ... nichts anderes als Selbstbewegung der kapitalistischen Realkategorien, die von den Menschen unbewusst geschaffen wurden und sich gerade dadurch verselbständigt

bewegen, dass die Individuen in diesen Kategorien ihr Leben vollziehen.“³

dieser Form nicht etwa bloß zurückweisen, sondern geradezu dankunfähig machen.“²

Die Herrschaft des Kapitals geht einher mit der Abspaltung der weiblich konnotierten Reproduktion und den mit ihr verbundenen soziopsychologischen und kulturell symbolischen Momenten. Ohne diese abgespaltenen Facetten könnte die kapitalistische Gesellschaft nicht existieren. Das ‚Abgespaltene‘ bildet die stumme Voraussetzung der Unterwerfung unter das Sachgesetz der Verwertung von Kapital.

Wert- und Subjektform erscheinen als universelle Bestimmungen gesellschaftlicher Verhältnisse. Ausgeblendet bleibt dabei, dass das im Erkennen und Handeln ‚freie Subjekt‘ nur innerhalb der Binnenbewegungen kapitalistischer Verhältnisse ‚frei‘ ist. Damit gehört eine unauflösbare Aporie zu seiner Konstitution: Es ist einerseits bestimmt durch die Selbsterhellung seines ‚freien Willens‘ und andererseits in die Objektivität kapitalisti-



Jean-Jacques-François Le Barbier: Déclaration des droits de l'homme et du citoyen (1789)

scher Vergesellschaftung, die gleichsam zu seiner ‚zweiten Natur‘ geworden ist, eingebannt.

Die Hegelsche Formulierung, dass „Freiheit die Einsicht in die Notwendigkeit ist“ zeigt das Gefangensein in diesem ‚eisernen Käfig‘ (Max Weber). Solche Freiheit wird zur Selbsterwerfung unter die abstrakte Herrschaft kapitalistischer Verhältnisse, und zur Selbstdisziplinierung in den vorausgesetzten Formen von abstrakter Arbeit, Wert, Geld, Recht, Staat etc., die als natürlich angesehen werden und gleichursprünglich mit der Abspaltung der weiblich konnotierten Elemente der Reproduktion die Grundlage gesellschaftlicher Verhältnisse bilden. Die Aufklärung wird damit zu einer Rechtfertigung der ‚Reifeprozesse‘ des patriarchalen Kapitalismus. Sie „ist so wesentlich eine Ideologie der Selbstvergewaltigung und der Selbsterwerfung der Individuen unter den versachlichten Imperativ der ‚zweiten Natur‘ gemäß den Kriterien der ihnen gegenüber verselbständigten Selbstbewegung der Wertform (Verwertung des Werts)“⁴.

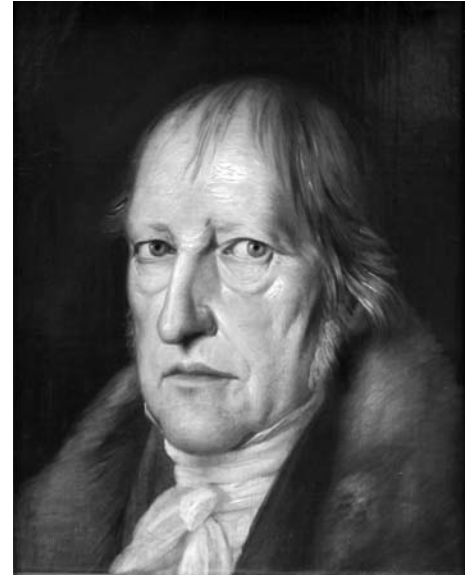
Im gegenwärtigen Krisenkapitalismus verliert das ‚freie Subjekt‘ seine Grundlage, weil Arbeit als die für die Vermehrung des Kapitals notwendige Substanz weg bricht. Es ist einem verschärften Konkurrenzkampf ausgeliefert, der immer neue Anpassungsleistungen erfordert. Diese sollen ‚eigenverantwortlich‘ erbracht werden. Unterwerfung wird zur Selbsterwerfung, zur permanenten ‚Selbstoptimierung‘ im Interesse individueller Anpassung an die Verwertung des eigenen Humankapitals. Diese Zusammenhänge entlarven die Wirklichkeit des ‚freien Subjekts‘ als eines Subjekts, das in seinen Denk- und Handlungsmöglichkeiten immer schon an die Rahmenbedingungen der Wert-Abspaltungsgesellschaftung gebunden ist.

Die Subjektform ist schon im Rahmen des Geschlechterverhältnisses nicht universal, sondern männlich, da sie mit der Abspaltung des Weiblichen einhergeht. Sie ist auch nicht umfassend (universal) genug, um die Mehrzahl der nicht-weißen und nicht-westlichen Menschen zu erfassen. Sie ist vielmehr in sich bereits männlich, weiß und westlich und damit rassistisch bestimmt. Die Konkurrenz entscheidet darüber, wer in die Subjektform integrierbar also als Humankapital verwertbar und wer ‚überflüssig‘ ist. Der sog. westliche Universalismus – einschließlich der mit ihm verbundenen angeblich universalen Menschenrechte – begründet ein soziales und

rassistisches Ausschlussverhältnis. In den peripheren Weltregionen konnte nur eine Minderheit zumeist männlicher Eliten an den ‚Segnungen‘ der nachholenden Modernisierung teilhaben. Im Scheitern der Modernisierung und der mit ihr verbundenen Integration in den Weltmarkt werden sowohl die verwildernden Eliten und ihre Nachkommen als auch die ‚überflüssig Gemachten‘ zur Ressource, aus denen sich Akteure der Plünderungsökonomien, des Terrors und des Wahnsinns rekrutieren. Viele Opfer der Modernisierungsprozesse hatten währenddessen nie eine Chance, in die Form der Wert-Abspaltungsgesellschaft hinein zu kommen. Nun tragen sie die Hauptlasten des Scheiterns der Modernisierungsprozesse, vor allem dann wenn sie zu Opfern des Terrors von Plünderungsbanden und des islamistischen Wahnsinns werden. In letzteren begegnen uns nicht etwa Gespenster aus einem ‚Jenseits‘ sog. zivilisierter Werte, sondern Gespenster, die der männlichen, westlichen und weißen Subjektform und der mit ihr einhergehenden crashenden Wert-Abspaltungsgesellschaft entspringen.

Kritik des Kapitalismus darf sich nicht einfach auf die Kritik eines Wirtschaftssystems beschränken. Sie muss vielmehr der Form kapitalistischer Vergesellschaftung, die sich auf ‚das Ganze‘ dieser Vergesellschaftung bezieht, zum Gegenstand der Kritik machen. Dazu gehören Staat und Politik, die nicht ein Gegenüber zur Ökonomie bilden, sondern mit ihr zusammen eine polare Einheit bilden. Deshalb macht es wenig Sinn, die Politik gegen die Ökonomie anzurufen. Ebenso gehört die Aufklärung als Rechtfertigungsideologie und ideengeschichtliche Grundlage zur kapitalistischen Vergesellschaftung. Deshalb macht es auch keinen Sinn, die Aufklärung als uneingelöstes universales Versprechen der Verwirklichung universalen Menschseins anzurufen und ihre Verwirklichung einzufordern. Ebenso wie die politische Form muss auch die Aufklärung einer emanzipatorischen Kritik unterzogen werden, die aus dem Gefängnis auszubrechen versucht, zu dessen Konstitution und Krise einschließlich ihrer barbarischen Erscheinungen die Aufklärung gehört. Einen wesentlichen Beitrag dazu hat die letzte Netzversammlung mit dem Referat von Daniel Späth geleistet. Im Zentrum stand dabei die Kritik der Philosophie Kants als eines wesentlichen Vertreters der Aufklärung.

Dass emanzipatorische Kritik des Kapitalismus und damit einhergehend der Aufklärung nicht einen Weg zurück in Romantik und



Jakob Schlesinger: Der Philosoph Georg Friedrich Wilhelm Hegel (1831)

Gegenaufklärung sucht, sollte nicht eigens betont werden müssen. Es geht vielmehr um eine Kritik, die über den Kapitalismus hinaus führen und einer Gesellschaft den Weg bahnen will, in der alle Menschen – und zuerst die ‚Letzten‘ – ihre materiellen Bedürfnisse nach Essen, Trinken, Wohnen usw. befriedigen können und Formen des Zusammenlebens schaffen, in denen sie als freie Individuen oder – wie Marx es formuliert hat – als ‚Verein freier Menschen‘ zusammen leben, die ihr Leben nicht abhängig machen vom blinden und irrationalen Selbstzweck der Vermehrung des Kapitals, sondern Leben und Zusammenleben bewusst gestalten und planen. Das wäre – theologisch gesprochen – immer noch nicht das Reich Gottes; denn die Frage nach den Opfern der Geschichte und alle mit ihr verbundenen metaphysischen Fragen wären noch ungeklärt. Aber ein menschlicheres Leben auf der Grundlage der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse und als ‚Verein freier Menschen‘ läge in der Intention dessen, was in der jüdisch-christlichen Tradition ‚Reich Gottes und seine Gerechtigkeit‘ genannt wird.

Anmerkungen

¹ Robert Kurz, Blutige Vernunft. Essays zur emanzipatorischen Kritik der kapitalistischen Moderne und ihrer westlichen Werte, Bad Honnef 2004, S. 19.

² Ebd., S. 21.

³ Robert Kurz, Die Substanz des Kapitals. Abstrakte Arbeit als gesellschaftliche Realmetaphysik und die absolute innere Schranke des Kapitals. Zweiter Teil, in: Exit! Krise und Kritik der Warengesellschaft, 2/2005, S. 209 f.

⁴ Robert Kurz, Blutige Vernunft, S. 29.

Eine emanzipatorische Kritik der Aufklärung am Beispiel Immanuel Kants

DANIEL SPÄTH

Im November 2014 hielt Daniel Späth, Redakteur der Zeitschrift *Exit!*, bei der Netzversammlung einen Vortrag zur emanzipatorischen Aufklärungskritik am Beispiel Immanuel Kants. Der gut einstündige Vortrag kann auf der Webseite des Netzes nachgehört werden. Die folgenden Zeilen stellen die Rohfassung dieses Vortrags dar und sind sehr voraussetzungsvoll. Die ausführliche Argumentation samt dem Beleg mit Zitaten Kants findet sich in drei Texten der Zeitschrift „Exit! Krise und Kritik der Warengesellschaft“. Sie tragen den Titel: „Das Elend der Aufklärung. Antisemitismus, Rassismus und Sexismus bei Immanuel Kant“ (*Exit!* 8 (2011), S. 45-78; *Exit!* 9 (2012), S. 152-175; *Exit!* 10 (2012), S. 208-249).

1. Zum historischen Bedingungs-zusammenhang der kantischen Philosophie

Im traditionellen Arbeiterbewegungs-marxismus wurden die Kategorien der Marxschen Kapitalkritik (Wert, Ware, Geld usw.) vorwiegend ahistorisch aufgefasst – eine Ontologisierung des Kapitalismus, die im Linksradikalismus bis heute anhält. Robert Kurz hat vor allem in seinem posthum erschienen Buch „Geld ohne Wert“ diesen Schein der Ahistorizität zu durchbrechen versucht. Anhand einer ausführlichen Rekonstruktion des Kapitalverhältnisses kommt er zu dem Schluss, dass die historische Genese des Kapitals nicht mit der kategorialen Reihung des Marxschen Kapitals zusammenfällt, das sich ja wesentlich um den „Gang in sich“ (Marx) des Kapitals dreht, nicht um dessen historische Entstehung.

Dabei ist mit Robert Kurz festzuhalten, dass der Kapitalismus mit der „Militärischen Revolution“ Ende des 14./Anfang des 15. Jahrhunderts einsetzt. Um die militärische Revolution finanzieren zu können, entstand eine der ehemals feudal organisierten Gesellschaftsstruktur fremde Instanz – der absolutistische Staat. Weil die feudale Reproduktion weder Infrastruktur noch Produktion der neuen Kriegstechnologie (Feuerwaffen und

Kanonen) bewältigen konnten, mobilisierte der Staat ein territoriales Gebiet, das er qua Steuern abschöpfen konnte, um diese Kosten der „Militärischen Revolution“ zu finanzieren.

Zu diesem Zwecke konstituierte der Staat eine Zirkulation, also eine Sphäre des Warenaustauschs, um auf diese Weise die Kosten eintreiben zu können. Dieser Prozess lässt sich sehr genau bestimmen (Anfang des 17. Jahrhunderts war diese Zirkulation in den mitteleuropäischen Staaten voll entwickelt). Entsprechend kamen zu diesem Zeitpunkt die Realkategorien (Ware, Geld, Markt) auf, die es so davor noch nicht gegeben hat. Wichtig dabei ist, dass die unter dieser Glocke der Zirkulation und des Staatsabsolutismus gelegene Produktion noch weitgehend feudal war.

Diese Verselbstständigung der Zirkulation schlug Anfang des 19. Jahrhunderts in die Kapitalisierung der Produktion selbst um. Die Tauschprozesse am Markt und der Profit durch Kauf und Verkauf führten dazu, dass immer mehr Menschen ihre Produktion für die Zirkulation ausrichteten, sodass die verselbstständigte Zirkulation auf die Produktion zurückschlug: Die Produktion begann sich nun Anfang des 19. Jahrhunderts zu verselbstständigen (vgl. R. Kurz (1999/2009):

Schwarzbuch Kapitalismus. Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft, Frankfurt).

Es ist keineswegs zufällig, dass diese historischen Metamorphosen der kapitalistischen Realkategorien mit dem Zusammenfallen der beiden Klassen zusammenfiel: Die sich verselbstständigende Zirkulation brachte im Laufe des 18. Jahrhunderts immer mehr Unternehmen hervor, die sich alsbald nicht mehr vom absolutistischen Staat durch dessen Steuern schröpfen lassen wollte. Deshalb favorisierte die Aufklärungsphilosophie, als Legitimationsideologie dieses Wandels, den freien Markt, um die an der Zirkulation errungenen Profite selbst einstreichen zu können. Die Arbeiterklasse hingegen reagierte ihrerseits auf den gesellschaftlichen Wandel und kaprizierte sich nicht mehr auf die freie Zirkulation (den freien Markt), sondern auf den geplanten Markt durch den Staat, um auf diese Weise die Ausbeutung innerhalb der Produktion zu beenden.

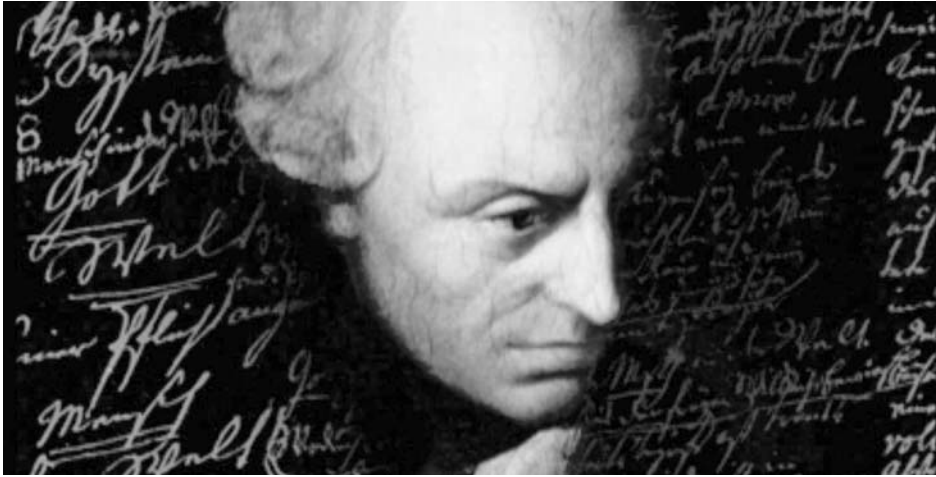
2. Die kantische Philosophie als Zirkulationsideologie

Dementsprechend kann auch begründet werden, warum die kantische Philosophie eine Philosophie des Zirkulationssubjekts ist. Sie gibt der aufstrebenden Kapitalistenklasse damit eine Legitimation („freier und gleicher Markt“), um sich gegen die Usurpation des Geldes von Seiten des absolutistischen Staates abzugrenzen. Und tatsächlich stellt die kantische „Transzendentalphilosophie“, die sogenannten drei „Kritiken“ („Kritik der reinen Vernunft“/„Kritik der praktischen Vernunft“/„Kritik der Urteilskraft“), eine solche Philosophie des Zirkulationssubjektes dar, was sich bereits an ihrem Aufbau zeigt.

So dreht sich die „Kritik der reinen Vernunft“ um die Frage „Wie kommt das Werturteil des Geldbesitzers über die am Markt zirkulierenden Waren zustande?“, die „Kritik der praktischen Vernunft“ wiederum mit derjenigen „Wie kommt eine moralische Handlung im Kaufakt zustande?“, während die



Artilleriekolonnen, aus Liebe, Georg: *Soldat und Waffenhandwerk*, Leipzig 1899, aus Solms, *Kriegsbuch* 1559–60



Immanuel Kant, *Gemälde aus dem Dresdner Kunsthandel, um 1790, aus: Karl Heinz Clasen, Kant-Bildnisse, Königsberg 1924, mit unterlegter Handschrift Kants aus dem Ms. germ. fol. 1702, „Opus postumum“, Conv. I, S. 19*

„Kritik der Urteilskraft“ zu ergründen versucht „Wie entsteht ein ästhetischer Genuss im Konsum der Ware?“, sodass man/frau festhalten kann, dass die kantische „Transzendentalphilosophie“ die idealistische Trias des Zirkulations- oder Geldsubjekts ausdrückt.

Denn die Formdynamik von „Werturteil“, „Warenkauf“ und „Warenkonsum“ umfasst die von Marx genannte „einfache Zirkulation“, die es als distinkte Sphäre gar nicht gibt. Sie ist im Gegenteil die Ideologie des Kleinbürgertums, welches die reale Bewegung des Kapitals ($G - W - G'$) in eine friedlich-schiedliche Angelegenheit der bloßen Bedürfnisbefriedigung umdefiniert ($W - G - W$). Damit verfehlt aber die kantische Philosophie die reale Bewegung des Kapitals

3. Identitätslogik und Ideologie: Die „Kritik der reinen Vernunft (KdrV)“

Die „KdrV“ beginnt also mit dem Werturteil des Geldsubjekts. Kant setzt dieses Urteil hierbei in ein Identitätsverhältnis: So wie das Urteil „x Ware ist y Geld wert“, wird auch das erkenntnistheoretische Urteil „Anschauungsformen sind formale Einheit des Verstandes identisch“ in ein Identitätsverhältnis gesetzt. Die Anschauungsformen beziehen sich dabei auf die Warenform (eine Form, die auf „Sinnlichkeit überhaupt“ (Kant) bezogen ist), die Geldform wiederum auf den Begriff (formale Einheit, auf die aller Inhalt bezogen wird). Das hat allerdings Konsequenzen, denn Kant wird in seiner „KdrV“ beständig von der Gefahr herumgetrieben, dass diese Identität nicht hergestellt wird. Das Identitätsurteil setzt aus sich heraus die Gefahr des Scheiterns und verarbeitet diese ideologisch.

So sieht Kant sich die Gefahr ausgesetzt, dass das Identitätsurteil scheitert und sich die Anschauungsformen vom Begriff lösen.

Dadurch regrediere das Subjekt auf eine bloß sinnliche Wahrnehmung, eben auf eine begriffslose Anschauung. Diese begriffslose Anschauung ist die Grundstruktur des kantischen Rassismus, als Ideologie der Naturverfallenheit. Genauso wird Kant aber von dem Problem umhergetrieben, dass es einen anschauungslosen Begriff geben könne, also der Begriff seinen Bezug auf die Sinnlichkeit verliert. Diese Mär eines Begriffs, dem jedwedes Naturmoment verlustig geht, drückt sich im kantischen Antisemitismus aus, der Gefahr der Hyperkultivierung.

4. Identitätslogik und Ideologie: Die „Kritik der praktischen Vernunft“ (KdpV)

Auch in der „KdpV“ erfolgt aus der Identitätslogik der Handlung gleichursprünglich eine ideologische Verarbeitung derselben bei Kant. So postuliert er die Identität der Handlung, wenn ihre Form des Willens („kategorische Imperativ“ oder die legale Gesetzesförmigkeit) mit der Materie (Maxime als Vermittlung des materiellen Bestimmungsgrundes der Handlung) kongruent ist. Eine moralische Handlung ist nach Kant eine, die die äußere Gesetzesform verinnerlicht, also sich zur innerlichen Maxime macht.

Jedoch resultiert aus dieser Identitätsfassung der Handlung wiederum ein Widerspruch. Einerseits sieht Kant das Problem, dass eine Maxime ihre Prägung durch die äußere Gesetzesform verliert. Sie entschlägt sich somit dem Prozess der Kultivierung und fällt in die sinnliche Natürlichkeit zurück. Die willenlose Maxime ist auf der Ebene der praktischen bzw. politischen Philosophie der Ausgangspunkt des kantischen Rassismus, da es vor allem schwarze Menschen seien, die derart rechtslos existieren würden.

Andererseits könne es auch, so Kant, zu einem maximenlosen Willen kommen. Wenn

nämlich der Wille bloß äußerlich bleibt, verharret er in der bloßen Form des Rechts, wodurch ihm erneut jede Sinnlichkeit verloren geht. Der maximenlose Wille führt zur antisemitischen Ideologie, da, so Kant, Juden ihre wahren Motive hinter der Fassade des formalen Rechts verstecken und deshalb nicht moralisch handeln würden.

5. Identitätslogik und Ideologie: „Die Kritik der Urteilskraft“ (KdU)

Mit der dritten Kritik, der „Kritik der Urteilskraft“ (KdU) hält nun eine Kategorie in die kantische „Transzendentalphilosophie“ Einzug, die auf deren geschlechtsspezifische Konzeption verweist. Indem Kant vom Urteil über das „Schöne“ und „Erhabene“ spricht, re-installiert er zwei Begriffe, die in seiner frühen Schrift „Beobachtungen über das Gefühl des Schönen und Erhabenen“ das Geschlechterverhältnis beschreiben. Dabei macht Kant unmissverständlich klar, dass das „Schöne“ ein weibliches, das „Erhabene“ wiederum ein männliches Attribut sei.

In dieser „vorkritischen“ Schrift über das Schöne und Erhabene macht er deutlich, dass Frauen ein „schöner Verstand“ und eine „schöne Tugend“ zukommen. Diese unterscheiden sich nach Kant von dem androzentrischen Subjekt der Transzendentalphilosophie dadurch, dass es der „Weiblichkeit“ sowohl am theoretischen Abstraktionsvermögen als auch am moralischen Charakter mangle, was nichts anderes bedeutet, als eine androzentrische Fassung der „Transzendentalphilosophie“.

Denn obwohl sie sich scheinbar geschlechtsneutral gibt, wird doch evident, dass das Identitätsurteil der „KdrV“ und die Identitätsform der Handlung in der „KdrV“ ebenso androzentrisch verfasst ist, wie das Urteil über das Schöne und Erhabene in der „KdU“. Damit wird aber unzweideutig klargestellt, dass die „Transzendentalphilosophie“ eine androzentrische ist und damit auf der sexistischen Abwertung von „Weiblichkeit“ basiert und das Identitätsurteil der „Transzendentalphilosophie“ mit der Abspaltung und Diskreditierung untrennbar verwoben ist.

TTIP & Co oder: Ein letztes Pfeifen aus dem krisenhaften Verwertungswalde

Eine kapitalismuskritische Einordnung aktueller Investitions- und Freihandelsabkommen

DOMINIC KLOOS

In diesem Text soll nur cursorisch auf die an vielen Stellen¹ bereits ausführlich dargelegten voraussichtlichen Probleme von TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership), CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) und TiSA (Trade in Services Agreement) eingegangen werden. Dabei wird sich in erster Linie auf TTIP konzentriert, wobei die Inhalte von CETA und TiSA dabei immer mitklingen. Fokus des Textes ist die global-gesamtgesellschaftliche, kapitalismuskritische Einordnung der Investitions- und Freihandelsabkommen, die auf der bilateralen Ebene mit etlichen anderen Ländern bereits längst Alltag sind (z.B. die Wirtschaftsvereinbarungen mit den ehem. europäischen Kolonialstaaten mit dem Namen EPA – Economic Partnership Agreements). Die Dimension von TTIP & Co. ist allerdings noch einmal eine sehr viel größere und zudem haben nun auch vermehrt die Menschen in den bisher von der Krise des Kapitalismus noch nicht ganz so stark betroffenen Gebieten berechtigterweise Angst, dass die Walze der Verwertungsmaschinerie auch sie komplett niedermacht.

1. Inhalte und voraussichtliche Auswirkungen: Was hat es mit den aktuellen Investitions- und Freihandelsabkommen auf sich?

1.1 Handelshemmnisse und Investitionsschutz

Die Freihandelsideologie ist wahrlich nichts Neues. Bereits im 19. Jahrhundert war sie weit verbreitet. Auch seit Ende der 1970er Jahre war die Ideologie wieder en vogue, ganz besonders nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes in den 1990ern, als das Multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI) ein Versuch war, TTIP-ähnliche Liberalisierungs-, Deregulierungs- und Privatisierungsanliegen durchzusetzen. Letztlich scheiterte das Abkommen am Widerstand Frankreichs. Nun wird ein neuer Versuch gemacht, alte Ziele durchzusetzen.

TTIP befindet sich formal in der Verhandlungsphase. Ziel ist der Abschluss eines völkerrechtlichen Vertrages zwischen den USA und der EU. Der Vertragstext des völkerrechtlichen Abkommens zwischen Kanada und der EU (CETA) liegt seit Sommer 2014 vor, ist aber noch nicht verabschiedet.² Juristisch geht man aktuell davon aus, dass es sich um ein sog. gemischtes Abkommen handelt, das sowohl vom EU-Parlament als auch

von den gesetzgebenden Institutionen der Einzelstaaten verabschiedet werden muss.³

Das Gebiet, für das die Verträge Gültigkeit hätten, wäre riesig: Es wäre eine Zone mit weit über 800 Mio. Menschen, die fast die Hälfte der weltweit erzeugten Güter und Dienstleistungen sowie gut ein Drittel der weltweiten Handelsströme umfasst.

Ziele der Abkommen sind Zollsenkungen für Waren, Liberalisierung von Dienstleistungen und öffentlicher Beschaffung (Inländerprin-

zip), Investitionsschutz und Harmonisierungen von Standards (Gesundheit, Qualifikationen, Industrie, Lebensmittel, Finanzmärkte, ArbeitnehmerInnenrechte etc.).

Die Zollsenkungen sind dabei kaum von Bedeutung, da sie zwischen den beiden nordamerikanischen Staaten und den EU-Staaten bereits sehr niedrig sind. Nur in wenigen Branchen sind noch höhere Zölle zu finden (Landwirtschaft in der EU und wenige Industriegüter in den USA). Der Schwerpunkt der Verhandlungen liegt eindeutig auf den sog. nicht-tarifären Handelshemmnissen.

Dabei sollen Harmonisierungen von technischen, sozialen und ökologischen Standards sowie die Abschaffung von Hemmnissen erreicht werden. Dies soll in Bereichen wie Qualifikationen, Aufenthaltsbestimmungen, Automobilindustrie, Rohstoffen und Energie, Kommunikationstechnologien, Finanzdienstleistungen, Gesundheitsbereich u.v.m. durchgesetzt werden.

Beispiele, was dies neben vereinzelt Einsparungen bei der Vereinheitlichung technischer Standards (so soll die Automobilindustrie bis zu 11,6 Mrd. EUR einsparen können) an mehrheitlich negativen Folgen



z.B. für ArbeitnehmerInnenrechte, Umwelt, Gesundheitsvorsorge, Datenschutz, VerbraucherInnenrechte u.v.m. hätte, zeigt die auf Seite 1 aufgelistete Literatur.

Ein Beispiel sei hier erwähnt: Im Bereich öffentlicher Aufträge sollen ausländische und lokale Anbieter gleichgestellt werden (Inländerprinzip) und entsprechende Barrieren reduziert werden. Das hieße, dass die Konkurrenz noch mehr zunähme und größere Player sich immer mehr bei der Auftragsvergabe in vielen Bereichen (Baugewerbe, öffentliche Beschaffung, Dienstleistungen etc.) durchsetzen würden. Lediglich die Schwellenwerte für die Auftragsvergabe sind noch festzusetzen. Problematisch ist hierbei zudem die unterschiedliche Arbeitsrechtsgrundlage, z.B. die gesetzlich verankerte Gewerkschaftsunterdrückung in den USA oder dass die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) nicht von den USA ratifiziert wurden.

In vielen Bereichen sind zusammenfassend drei Prinzipien besonders wichtig und kritisch, die bei TTIP und CETA integriert werden sollen:

- **Negativlisten:** Alle Bereiche sollen aufgelistet werden, die nicht unter das Abkommen fallen. Bisher gab es ausschließlich Positivlisten, die festlegten, was genau zu integrieren sei. Das heißt, dass zunächst einmal alles liberalisiert und dereguliert wird und nur in wenigen Fällen Ausnahmen gemacht werden, die ggf. nur temporäre Gültigkeit haben.

- **Stillstandsregelungen:** Ein einmal erreichter Grad an Deregulierung/Liberalisierung darf nicht mehr rückgängig gemacht werden, sprich (soziale oder ökologische) Re-Regulierungen sollen auch rechtlich unmöglich gemacht, also ein Status Quo quasi verewigt werden.

- **Abkehr vom Vorsorgeprinzip:** In der EU soll wie in den USA zunächst alles zugelassen werden, was nicht unmittelbar als schädigend eingestuft wird, egal ob es dazu ausreichend Überprüfungen gibt oder nicht. In den Bereichen Genfood und Chemikalien ist diese Absicht, vom Vorsorgeprinzip Abstand zu nehmen, eindeutig erkennbar, was eine Art Umverteilung der Beweislast darstellt.

Neben der regulatorischen Zusammenarbeit, die eine Art Frühwarnsystem für etwaig unliebsame Gesetze darstellt, sind vor allem

TTIP unfair handelbar

die möglichen Schiedsgerichtsverfahren (ISDS = Investor-state dispute settlement) höchst umstritten. Dies sind Klagemöglichkeiten von Unternehmen gegenüber Staaten. Private Schiedsgerichte würden über nationalstaatliche Gerichtsbarkeit hinweggehen. Sie würden angerufen werden, wenn zwei Vertragspartner in einen Konflikt geraten. Diese Gerichte sind vor allem mit Anwälten von global agierenden Wirtschaftskanzleien besetzt, die sowohl Anwalt eines Unternehmens als auch Richter sein können. Die Verhandlungen finden zudem nicht öffentlich statt und es gäbe kein Revisionsrecht. Solche Klagemöglichkeiten gibt es bereits, die meisten werden bisher über das ICSID (International Centre for Settlement and Investment Disputes), das bei der Weltbank angesiedelt ist, ausgetragen. Aktuelle Fälle gibt es hundertfach, wobei die Klagen in den letzten Jahren deutlich zugenommen haben: Ob Vattenfall gegen Deutschland wegen der Schließung von Kraftwerken oder Philipp Morris gegen Uruguay wegen zu starkem NichtraucherInnenschutz; weltweit gibt es weit über 500 solcher Straffälle. Ob die Schiedsgerichtsverfahren nun tatsächlich in den TTIP-Vertrag Eingang finden, steht zurzeit noch in den Sternen, bei CETA sind sie allerdings integriert, was US-Unternehmen die Möglichkeit gäbe, über ihre kanadischen Tochterunternehmen Klagen einzureichen. Dies spricht eher dafür, dass europäische Unternehmen darauf drängen, dass ihnen die gleichen Möglichkeiten zur Verfügung stehen und ISDS auch bei TTIP Einzug hält.

1.2 Prognostische Zahlenspiele

Die Prognosen, die angeblich Wachstum⁴ bringen sollen und von einigen Akteuren mantraartig und ideologisch völlig verblendet wiederholt werden, sind ein einziges Willkürprodukt, unrealistisch und irreführend, wie inzwischen von mehreren Seiten eindeutig nachgewiesen wurde.⁵

Hinzu kommt, dass selbst den ‚optimistischen‘ ForscherInnen der Bertelsmann-Stif-

tung, des ifo-Instituts und Centre for Economic Policy Research, die für die USA und EU nur Wachstum (wenn auch geringen) sehen, klar ist, dass die sog. Schwellen- und vor allem Entwicklungsländer negativ betroffen wären. Ein auch nur leichtes Absinken des Pro-Kopf-Einkommens hätte aber bei einem Verdienst von 1-2 US-Dollar am Tag katastrophale Auswirkungen.

Die Erfahrungen mit anderen Freihandelsabkommen wie der nordamerikanischen NAFTA deuten auch eher darauf hin, dass zwar der Handel zunehmen kann und volkswirtschaftlich minimale Erfolge möglich wären, dies aber eben gerade keine neuen Jobs bringt (was auch nicht per se, sondern nur systemimmanent von Bedeutung wäre) und Ausbeutungsverhältnisse durch wachsenden Konkurrenzdruck eher weiter verschärft.

1.3 Geopolitik

TTIP ist der Versuch des westlichen Machtblocks sich neu zu formieren und sich gegen die Rivalen der aufstrebenden Schwellenländer (bes. Russland und China) als ‚Handels-NATO‘ zu positionieren.

Dabei sollen die TTIP-Normen auch bei Handelsverträgen mit Nicht-TTIP-Staaten gelten. Laut EU-Handelskommissar De Gucht sei das Ziel der EU „die Sicherung der gemeinsamen transatlantischen Führungsposition bei der Entwicklung globaler Normen und Standards“⁶. Das heißt, dass die festgesetzten Normen ein politisches Druckmittel wären und als Grundlage für weitere Verträge eine Art ‚Wirtschaftsverfassung des globalen Nordens‘ darstellen würden. Eine Anpassung an diese Normen würde zu noch stärkerem Druck auf Sozial- und Umweltstandards führen.

Zudem soll die transatlantische Energiekooperation (Erdgas) zur Reduzierung der Abhängigkeit der EU von Russland als Teil der geopolitischen Strategie hinter TTIP vor-

angetrieben werden, was allerdings auf tönernen Füßen steht, da die kostenaufwändige Förderung unkonventioneller fossiler Energieträger (z.B. Fracking) immer unrentabler wird.⁷

Schließlich soll auch die Rüstungskooperation zu einer noch stärkeren militärischen Kooperation über den Atlantik hinweg vertieft werden und einen europäischen Rüstungsschub bewirken. „Die europäischen Rüstungskonzerne würden durch die US-Konkurrenz gezwungen Überkapazitäten abzubauen, sich zusammenzuschließen und so im Ergebnis effizienter zu werden. Dies wiederum würde den Weg für eine engere Verflechtung der Rüstungsindustrien der EU und der USA ebnen und so die Erarbeitung gemeinsamer Strategien erleichtern. (...) (I) m TTIP sei zwar der Rüstungssektor explizit ausgeklammert. Die Grenzen zwischen militärischen und zivilen Gütern seien aber fließend, denn auch für den Bereich der Rüstung sei die zivile Zuarbeit unverzichtbar. Außerdem erlaube der Begriff ‚dual-use‘, dass Rüstungsgüter relativ leicht als zivile Güter deklariert werden und somit unter das TTIP fallen könnten. So könnte TTIP trotz des Ausschlusses des Rüstungssektors dennoch militärstrategisch genutzt werden.“⁸

2. Warum all der Terz?

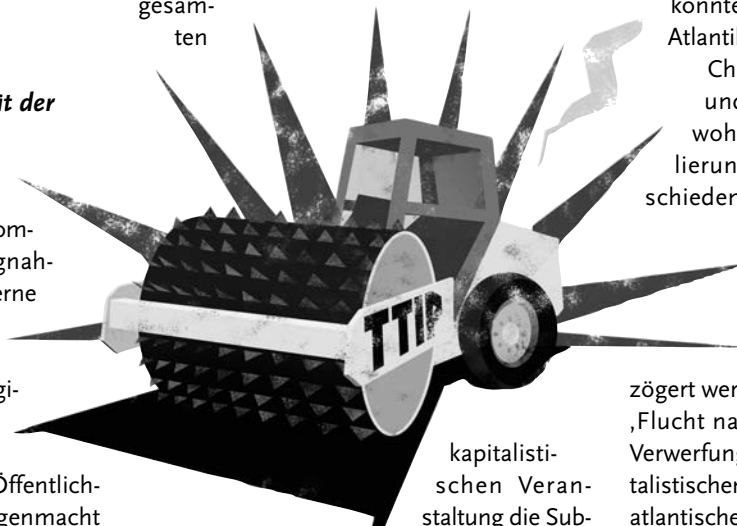
2.1 Die vermeintliche Plausibilität der falschen Unmittelbarkeit

Warum geschieht nun dies alles, warum sind gerade jetzt diese Abkommen geplant? In etlichen Stellungnahmen wird kritisiert, dass die Konzerne ungehemmt ihre Profitinteressen durchsetzen und die Politik ihnen ergeben folgt. Eine logische Konsequenz daraus scheint zu sein, der Lobbyacht der Konzerne eine kritische Öffentlichkeit entgegenzusetzen und so Gegenmacht zu bilden.

Eine solche Sichtweise greift aber zu kurz. Konzerne agieren so, weil sie ihre Profitinteressen in der Konkurrenz gegeneinander durchsetzen müssen. Wenn sie dem kapitalistisch-inhärenten Konkurrenz- und Wachstumstrieb nicht folgen, werden sie mit dem Untergang in der Konkurrenz bestraft. Die Logik aus Geld mehr Geld bzw. aus Wert Mehr-Wert zu machen ist die dem Kapitalismus innewohnende ebenso abstrakte wie irrationale, weil zerstörerische Logik, die einhergeht mit der Abspaltung eines weiblich

konnotierten reproduktiven Bereichs. Konzerne, die nicht dieser Logik folgen, hatten ihren Sinn bzw. ihr Unternehmensziel im Rahmen kapitalistischer Vergesellschaftung verfehlt. Zu kritisieren sind nicht die Profitorientierung der Einzelkonzerne und ihre Versuche, ihre Interessen durchzusetzen, sondern die Logik und Funktionsweise eines irrationalen Systems, das immer offensichtlicher an seine Grenzen stößt.

Aktuell befindet sich der kapitalistische Prozess in einer nicht mehr aufzulösenden Krise, die Karl Marx schon 1858 in den ‚Grundrissen‘ als ‚prozessierenden Widerspruch des Kapitals‘ erkannte. Alle Krisenphänomene, die in den letzten vier Jahrzehnten registriert werden konnten – von Finanz- und Schuldenkrisen bis hin zu Kriegen, zerfallenden Staaten, Umweltkrisen und Flüchtlingsdramen sowie der Verarbeitung all dieser Phänomene durch ganz unterschiedliche, oft menschenverachtende Ideologien – zeigen in zunehmenden Maße, dass der Prozess der Verwertung des Kapitals an seine innere logische und seine äußere ökologische Grenze stößt. Im Rahmen der Konkurrenz sind die Einzelunternehmen gezwungen menschliche Arbeit als Quelle des Werts zu entsorgen. Damit entziehen sie aber der gesamten



kapitalistischen Veranstaltung die Substanz der Wertschöpfung. Seit der mikroelektronischen Revolution, die in den 1970er Jahren eingesetzt hat, kann der Verlust an Arbeitssubstanz nicht mehr durch neue Produkte und die Eroberung neuer Märkte kompensiert werden. Da aber die Erkenntnis der inneren logischen Schranke, die nun auch historisch auf ihre Grenzen stößt, verweigert wird, ‚muss‘ – gleichsam der inneren Zwangslogik folgend – der Verwertungsprozess durch immer neue und absurdere Liberalisierungen und Deregulierungen befeuert werden – bis hin zur Selbstabschaffung der politischen Demo-

kratie und immer stärker um sich greifenden mafiös-korrupten Strukturen.

2.2 Die Verwertung muss fortschreiten – Das ‚automatische Subjekt‘ bahnt sich seinen Weg

Durch gesättigte Märkte, Regulierungen (technischer, sozialer und ökologischer Art) und die Abnahme von Arbeit in vielen Produktionsbereichen wegen technologischen Fortschritts, ‚müssen‘ also ‚Orte‘ gesucht werden, wo noch Verwertung möglich ist. Neben den Finanzmärkten, deren Blasen immer größer werden und mit fürchterlichen Folgen immer häufiger platzen, sollen immer mehr Bereiche (auch Bildung, Gesundheit, Energieversorgung, Lebensmittelproduktion, etc.) immer tiefgreifender verwertet werden. Wenn in einer Region die Verwertung an Grenzen stößt und in Einzelstaaten oder transnationalen Verbänden wie der EU Deregulierungen nicht durchsetzbar oder nicht gewinnbringend genug sind, muss eine geografische Erweiterung geschehen. So gibt es in Bezug auf CETA und TTIP verschiedene Branchen, die entweder den Unternehmen in der EU und den USA/Kanada oder eben nur den Unternehmen in einer der Regionen zusätzliche Verwertungspotentiale bringen könnten. Unternehmen beiderseits des Atlantiks aus dem Agrobusiness und der Chemieindustrie, dem Finanzsektor und der Automobilbranche würden wohl von Liberalisierungen, Deregulierungen und der Gleichsetzung verschiedenster Standards profitieren. „Die Systemkrise des Kapitalismus auf beiden Seiten des Atlantiks (soll) durch einen weiteren Liberalisierungsschub zumindest (...) (verzögert werden). Es handelt sich um eine Art ‚Flucht nach Vorn‘ vor den zunehmenden Verwerfungen und Widersprüchen der kapitalistischen Systemkrise. Auf größerer, transatlantischer Ebene soll ein ähnlicher Prozess angestoßen werden, wie er im Rahmen der Gründung und Expansion der Europäischen Union ablief – und Europa bis zum (immer noch andauernden) Krisenausbruch ein knappes Jahrzehnt kreditfinanzierten Wachstums bescherte.“⁹

Wie aber können die Staaten diese Abkommen wollen, wenn doch vorhersehbar ist, dass sie für die meisten Menschen – weltweit – Verschlechterungen bringen? Warum folgen Staaten gleichsam willenlos den Imperativen der optimalen Verwertung von Kapital?

Zu verabschieden wäre die Illusion, Staat und Politik seien eine Art Gegeninstanz zum kapitalistischen Verwertungsprozess. Kapitalismus ist nicht auf die Wirtschaft beschränkt und wird nicht ausschließlich von den Unternehmen vorangetrieben. Die kapitalistische Form prägt die ganze Gesellschaft einschließlich der Politik. Der moderne Staat und mit ihm die Sphäre der Politik ist erst mit der Entwicklung des Kapitalismus entstanden bzw. stand sogar am Anfang der kapitalistischen Entwicklung (vgl. Netztelegramm März 2014). Der Staat ist abhängig vom Verwertungsprozess und seinem Abfallprodukt, den Steuern. Dieser Abhängigkeit ist geschuldet, dass auch der Staat ‚alles‘ für das Gelingen der Kapitalverwertung tun muss. Er agiert als ‚ideeller Gesamtkapitalist‘ (Friedrich Engels), der für das kapitalistische Allgemeinwohl zuständig ist. Und wenn dazu Abkommen wie TTIP, CETA und TiSA und damit einhergehend rechtliche Garantien, die vor allem den Unternehmen und damit der Verwertung zugute kommen, notwendig erscheinen, dann wird dies auch umgesetzt – was auch immer dies für die Menschen und ihre Bedürfnisse bedeutet.

In diesem Rahmen ist es geradezu die Aufgabe der Staaten den Akkumulationsprozess von Kapital abzusichern, so lange es eben geht. In der Krise des Kapitalismus heißt dies vor allem (Verwertungs-)Standorte und Verwertungsräume zu stärken – ggf. auch im Verbund mit anderen, in diesem Falle mit den westlichen Verbündeten, um den altingesessenen Machtblock gegen ‚Emporkömmlinge‘ zu verteidigen. Dies muss in einem Konkurrenz- und Ausbeutungssystem selbstverständlich auch militärisch abgesichert werden – so weit das in den Weltordnungskriegen der Zusammenbruchregionen überhaupt noch geht –, was an den geopolitischen Interessen im Zusammenhang mit TTIP deutlich wird.

3. Was nun?

Für soziale Bewegungen käme es darauf an, die sozialen und politischen Auswirkungen von verschiedenen zerstörerischen Phänomenen wie z.B. TTIP sichtbar zu machen, ohne in die Falle einer auf Gier, Interesse und Lobbyismus verkürzten Kritik zu geraten. Sie müssten sich endlich zu einer Kritik ‚des Ganzen‘ der kapitalistischen Gesellschaft aufschwingen und deren Katastrophenpotential deutlich machen, das an den Systemgrenzen, d.h. in der Krise des Kapitalismus, ‚frei gesetzt‘ wird. Auch wenn immer weitere Prozesse von Deregulierung und Libera-

lisierung möglich wären, müssten die Nicht-Konkurrenzfähigen absteigen – und das bei immer größeren Katastrophen, die Menschen und Schöpfung zu erleiden hätten.

Dies schließt nicht aus, sondern ein, mögliche Spielräume zu nutzen, die evtl. noch Schlimmeres verhindern können. Das heißt, dass auch alle möglichen ‚realpolitischen‘ Maßnahmen ergriffen werden sollten, um wenigstens das voraussichtliche Leid, das durch TTIP & Co. entstehen würde, zu verhindern oder wenigstens abzumildern (Informationen dazu sind u.a. bei attac zu finden: <http://www.attac.de/kampagnen/freihandelsfalle-ttip/freihandelsfalle-ttip/>). Sich darauf aber zu beschränken, käme dem Einverständnis gleich, der Katastrophe ihren Lauf zu lassen.

Die sog. Realpolitik bleibt illusionär, weil sie die Probleme, die sie vorgibt lösen zu wollen, gar nicht lösen kann. Das macht von Seiten der sozialen Bewegungen die Notwendigkeit radikaler Kritik deutlich. Nur in ihrem Horizont können die Probleme adäquat formuliert und erst dann in Richtung einer Lösung bewegt werden. Im Rahmen der Krisenverwaltung kommt es – bei Gefahr des Zusammenbruchs verbunden mit unermesslichem Elend und Barbarei – nur zu einer Verlagerung auf eine neue und fragilere Ebene. Das mag sich Politik, die auf Selbsterhaltung im Rahmen des Systems fixiert ist, leisten. Soziale Bewegungen können und dürfen es sich nicht leisten. Ihre Herausforderung ist radikale Kritik im Interesse des Lebens und Überlebens von Menschen, die immer neuen Leiden und frühzeitigem Tod ausgesetzt werden. Sie muss so tief und weit reichen, dass auch Subjekte als TrägerInnen dieser Struktur ebenso wie die Aufklärung als ideologische Rechtfertigung erfasst werden (vgl. die beiden Texte zur Aufklärungskritik in diesem Netztelegramm).

Anmerkungen

1 Vgl. u.a. Klimenta, H. et al. (2014): Die Freihandelsfalle. Transatlantische Industriepolitik ohne Bürgerbeteiligung – das TTIP, Hamburg; Fritz, T. (2014): TTIP, CETA, TiSA. Die Kapitulation vor den Konzernen, Berlin; Hilary, J. (2014): Das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen, Brüssel, http://rosalux-europa.info/userfiles/file/TTIP_DE.pdf; Eberhardt, P. et al. (2014): Verkaufte Demokratie. Wie die CETA-Regeln zum Schutz von Investoren das Allgemeinwohl in Kanada und der EU bedrohen, Amsterdam u.a., <http://corporateurope.org/sites/default/files/verkaufte-demokratie.pdf>.

2 Die Verhandlungen wurden Mitte 2013 aufgenommen, sind aber bereits vier Jahre lang von marktli-

beralen Forschungseinrichtungen, Stiftungen, Behörden und Unternehmen vorbereitet worden. Alles sollte soweit wie möglich hinter verschlossenen Türen stattfinden. Inzwischen sind einige offizielle Dokumente veröffentlicht (vgl. http://ec.europa.eu/deutschland/service/ttip_de.htm), viele Verhandlungsdokumente mussten aber geleakt werden, um sich ein genaueres Bild von den Inhalten zu verschaffen.

3 Vgl. DNR-Steckbrief TTIP (2014), <http://www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-ttip.pdf>.

4 In Deutschland sollen zwischen 25.000 und max. 180.000 neue Jobs entstehen, in den USA ist die ausgerechnete Spannbreite noch größer (zwischen 69.000 und 1 Mio.). Die Wirtschaftsleistung soll um 120 Mrd. EUR pro Jahr in Europa steigen. 2027 soll eine durchschnittliche vierköpfige Familie in der EU 545 EUR jährlich mehr zur Verfügung haben (warum soll es plötzlich eine faire Verteilung geben, während es sie sonst nie gibt?). Summa summarum soll es ein jährliches Wachstum von gerade Mal max. 0,05% geben.

5 Vgl. Jaworski, J. (2014): TTIP-Wachstumsprognosen: neoliberale Holographie, <http://www.heise.de/tp/artikel/40/40780/1.html>; vgl. Rötzer, F. (2014): Folgen von TTIP für die EU: Mehr Arbeitslosigkeit, sinkende Einkommen, schrumpfende Exporte (Bezug auf Studie der Tufts University, http://ase.tufts.edu/gdae/policy_research/TTIP_simulations.html), <http://www.heise.de/tp/artikel/43/43419/1.html>.

6 De Gucht, K. (2013): TTIP: The new EU-US commercial relationship and the future of the EU-Swiss trade. Rede in Zürich vom 15.11.2013, zitiert nach Fritz, T. (2014), FN 1, S. 4.

7 Konicz, T. (2015): Mit TTIP zurück in die imperiale Vergangenheit. Ein Überblick über die geopolitischen Implikationen des transatlantischen Freihandelsabkommens, <http://www.heise.de/tp/artikel/43/43707/1.html>.

8 Schumacher, T. (2014): Geopolitischer Sprengstoff: Die militärisch-machtpolitischen Hintergründe des TTIP, IMI-Studie 05, S. 8, http://www.imi-online.de/download/2014_05_TS-TTIP-web.pdf.

9 Konicz, T. (2014), FN 7.

Impressum:

Netz-Telegramm März 2015

Informationen des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar

Redaktion: Dominic Kloos, Geschäftsstelle des Ökumenischen Netzes,
Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar e.V.
Löhrstr. 51 · 56068 Koblenz
Tel.: 0261 – 29681691
e-mail: [info\(at\)oekumenisches-netz.de](mailto:info(at)oekumenisches-netz.de)

Bankverbindung: Sparkasse Koblenz,
Kto. 40 001 877, (BLZ 570 501 20)

Die Arbeit des Ökumenischen Netzes wird gefördert durch Mitgliedsbeiträge, Zuschüsse von Brot für die Welt/Evangelischer Entwicklungsdienst, aus den Kirchen sowie aus Spenden.

Auflage: 750

März 2015

Layout: Elke Wetzig, Köln
Druck: Knotenpunkt e.V., Buch

URLs für die Creative-Commons-Lizenzen:
<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0>
<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>

„Option für die Armen“

Ein notwendiger Perspektivenwechsel für die Trierer

Bistumssynode

Die Fachkonferenz Sozialpastoral im Dekanat Koblenz und das Ökumenische Netz Rhein-Mosel-Saar erwarten von der Synode einen „Perspektivenwechsel“¹. Wenn es dabei nicht nur um als „Perspektivenwechsel“ überhöhte kosmetische Korrekturen oder wieder einmal in erster Linie um die Anpassung der Strukturen an die schwindende Anzahl der Priester gehen soll, muss im Zentrum des „Perspektivenwechsels“ die ‚Option für die Armen‘ stehen. Für diesen Perspektivenwechsel steht nicht zuletzt Papst Franziskus.

1. „Für die Kirche ist die Option für die Armen in erster Linie eine theologische Kategorie“²

Sie ist es deshalb, weil es in ihr um Gott geht, d.h. Gott kann nicht anders gedacht und verehrt werden denn als Gott, der die Schreie der in Ägypten Versklavten hört, ihr Leid kennt und Mose sendet, die Versklavten zu befreien (Ex 2,23ff). In diesem Zusammenhang offenbart sich sein Name. Er lässt sich umschreiben mit: Ich will für die Versklavten als Retter und Befreier ‚geschehen‘. Dieses ‚Geschehen‘ ist vom ‚Wesen‘ und vom ‚Sein‘ Gottes nicht zu trennen. Es gibt ihm seine inhaltliche (theologische) Bestimmung.

Im Messias Jesus ‚geschieht‘, was Israels Gottesname beinhaltet. Es ‚geschieht‘ in seinem Leben an der Seite der Armen und Ausgegrenzten, in seiner Verkündigung des Reiches Gottes und seiner Gerechtigkeit. In seinem Tod am Kreuz ‚geschieht‘ die ‚Selbstmitteilung Gottes‘ in der Erniedrigung des

Messias, in der er nicht einfach Mensch, sondern der ‚letzte Mensch‘ wird. Der Gottesname ‚geschieht‘ in der Auferweckung des Messias, der von Rom ‚zum Letzten‘ gemacht wurde. Sie wird zur Bestätigung Jesu und zugleich zum Gericht über Rom (vgl. Joh 12,13). In der Auferweckung des Gekreuzigten erweist sich Israels Gott als der Gott, der die Schreie aus Unrecht und Gewalt, aus Leid und Tod hört und sich an dem Gekreuzigten als Befreier erweist. Was er an diesem einen hat ‚geschehen‘ lassen, wird zur Bestätigung des Versprechens, das er mit seinem Namen Israel gegeben hat, und zur Bekräftigung der Hoffnung, dass an allen und für alle ‚geschehen‘ werde, was Gott in seinem Messias bereits hat ‚geschehen‘ lassen. Das ‚für alle‘ ist verwurzelt in den ‚Letzten‘, in den Armen, den Opfern von Unrecht und Gewalt, von Leid und Tod. Ihnen gilt die Befreiung zuerst und darin allen.

Vom Zentrum der messianischen Botschaft in Kreuz und Auferstehung her gedacht wird deutlich: „Der ganze Weg unserer Erlösung ist von den Armen geprägt.“³ Gerade deshalb gibt es „ein Zeichen“, das bei der Verkündigung des Evangeliums „niemals fehlen darf: die Option für die Letzten, für die welche die Gesellschaft aussondert und wegwerft“⁴. Die ‚Option für die Armen‘ lässt sich daher nicht in einen pastoralen Sonderbereich, der dann unter den Stichworten Sozialpastoral oder Diakonie firmiert, abdrängen. Es kann keine theologische und pastorale Arbeitsteilung geben zwischen dem Glauben selbst (dem vermeintlich ‚Eigentlichen‘) und seiner praktischen (sozialen und politischen) ‚Umsetzung‘, in der dann die ‚Option für die Armen‘ einen praktischen und begrenzten Ort hätte.

Weil aber die ‚Option für die Armen‘ vor allem eine theologische Kategorie ist, kann es keine „Evangelisierung“, keine

„Begegnung mit der frohmachenden Botschaft und mit Jesus Christus“⁵ ohne die ‚Option für die Armen‘ geben. Es kann auch keine Liturgie, vor allem kann es keine Eucharistie ohne die ‚Option für die Armen‘ geben, vergegenwärtigt doch gerade sie das Leben Jesu bis in seinen erniedrigenden und gewaltsamen Tod und verkündet die Auferstehung dieses Erniedrigten als Hoffnung für „die Letzten, für die, welche die Gesellschaft aussondert und wegwerft“⁶ – wie sie den gekreuzigten Messias ausgesondert und weggeworfen hatte. Genau in der Hoffnung für die ‚Letzten‘, die sich an der Auferweckung des gekreuzigten Messias entzündet, gründet die Hoffnung für alle, die Hoffnung auf die Überwindung von Unrecht und Gewalt, von Leid und Tod.

Zu recht betont Bischof Ackermann im Zusammenhang seiner Überlegungen zum ‚Perspektivenwechsel‘ den „‚Primat‘ der Evangelisierung“. Warum aber ist ihm die „Option für die Letzten“, die nach Papst Franziskus „niemals fehlen darf“⁷, nicht einmal einer ausdrücklichen Erwähnung wert? Ohne Umkehr zu den Armen kann es keinen ‚Perspektivenwechsel‘ geben. Ohne sie sind wir „in der Situation des reichen Mannes, der traurig weggeht, als Jesus ihn ruft, sein Jünger zu werden“⁸. Zu fragen wäre lediglich, ob wir noch die Trauer des ‚reichen Mannes‘ spüren oder ob es ein Weggehen in Gleichgültigkeit oder gar in der überheblichen Gewissheit ist, dass ‚wir‘ keine ‚Option für die Armen‘ brauchen, sie gar ‚einseitig‘ und gefährlich ist.

2. Wer sind denn ‚die Armen‘ bei uns?

Eine derartige Frage taucht schnell auf, wenn es um die ‚Option für die Armen‘ geht. Hinter ihr kann sich Abwehr oder auch Unsicherheit verbergen. Die Frage erinnert an den Schriftgelehrten im Gleichnis vom sog. barmherzigen Samariter (Lk 10,25-37). Nachdem die Einheit von Gottes- und Nächstenliebe als gemeinsame Überzeugung Jesu und des Schriftgelehrten festgestellt ist, fragt letzterer: „Wer ist mein Nächster?“ (V. 29) Das Gleichnis endet mit einer Korrektur der ‚Perspektive‘, wenn Jesus fragt, wer sich als der Nächste dessen erwiesen hat, „der von den Räubern überfallen wurde“ (V. 36). Damit wird der Blick auf das Opfer gelenkt. Wer unter die Räuber fällt, ist offensichtlich nicht zu übersehen. Die Frage ist, wie wir uns ihnen gegenüber verhalten, wie wir ihnen zum ‚Nächsten‘ werden können.



Nicht zu übersehen sind in unserer Gesellschaft die Flüchtlinge, die in unser Land kommen, weil sie unter die „Strukturen der Räumerei“ (Bischof Kamphaus) gefallen sind, also Opfer von Strukturen geworden sind, die Lebensgrundlagen zerstören, soziale Disparitäten und mit ihnen Gewalt und Krieg produzieren⁹. Es ist doch offensichtlich, dass Menschen weltweit und auch in unserer Gesellschaft ausgeschlossen und damit zu „Müll, ‚Abfall‘“¹⁰ gemacht werden. Dabei geht es „nicht mehr einfach um das Phänomen der Ausbeutung und der Unterdrückung, sondern um etwas Neues: Mit der Ausschließung ist die Zugehörigkeit zu der Gesellschaft, in der man lebt, an ihrer Wurzel getroffen, denn durch sie befindet man sich nicht in der Unterschicht, am Rande oder gehört zu den Machtlosen, sondern man steht draußen.“¹¹

Damit ist die Frage nach den Strukturen einer Gesellschaft gestellt, die solche Ausschließungen hervorbringt. Papst Franziskus bringt sie mit dem „Gebot ‚du sollst nicht töten‘“ in Verbindung und fordert ein „Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung und der Disparität der Einkommen“, denn „(d)iese Wirtschaft tötet“¹². Ein ‚Perspektivenwechsel‘ ist also auch hinsichtlich der Wahrnehmung der Wirtschaft und der zu ihr gehörenden Gesellschaft nötig. Angesichts der sich verschärfenden Entwicklungen verglühen die Illusionen, die mit ‚Sozialer Marktwirtschaft‘ verbunden waren und nur wenige Jahre – und das unter Ausblenden der Ausbeutung der Zweidrittelwelt, der Natur und von Frauen – die Politik prägen konnten. Eher ist zu konstatieren, dass der Kapitalismus an die Grenzen seiner Reproduktionsmöglichkeiten stößt und seine zerstörerische Dynamik gegenüber Mensch und Natur immer ungebremster ausagiert. Von diesen Zusammenhängen her lässt sich auch eine Bemerkung von Papst Franziskus in seiner Rede beim Treffen der Basisbewegungen im Vatikan verstehen: „Wie viel Leid! Wie viel Schmerz! Einige sagten bei unserem Ratschlag: ‚Dieses System ist nicht mehr zu ertragen. Wir müssen es ändern und dann alternative gesellschaftliche Strukturen errichten.‘ Ja, das müssen wir tun...“¹³

Auch dieser notwendige ‚Perspektivenwechsel‘ ist in der Synode bisher nicht einmal in Ansätzen erkennbar. Anders als der Papst belässt es Bischof Ackermann bei vagen Andeutungen: Er spricht davon, dass „unser Perspektive ... ihren Ausgangspunkt vom Anderen her nehmen“¹⁴ soll. Wer ist aber mit dem ‚Anderen‘ gemeint? In Emmanuel



Foto: Šjū, Wikimedia Commons, CC-BY-SA 3.0

Levinas' Rede vom ‚Anderen‘ ist der andere zugleich auch ‚der Arme‘. Der Arme wird in einer Gesellschaft der Ausgrenzung zum ‚Anderen‘, zu dem, der nicht dazu gehört. Bischof Ackermann bringt den ‚Anderen‘ in Zusammenhang mit den Rändern „im sozialgesellschaftlichen und im existentiellen Sinn“¹⁵. Papst Franziskus geht noch darüber hinaus. Er sieht die besondere Dramatik der globalen Situation darin, dass sich die ‚Ausgeschlossenen‘ nicht einmal mehr am Rand befinden, sondern „draußen“ stehen. Sie sind ‚überflüssig‘ – als ProduzentInnen und KonsumentInnen ‚wertlos‘, weil ohne Arbeit und Geld. Dann müsste sich die Kirche nicht einfach nur vom Rand, sondern von den ‚Ausgeschlossenen‘ her verstehen, von denen, die noch ‚jenseits‘ des Randes ihr Leben fristen ohne hinreichenden Zugang zu dem, was sie zum Leben brauchen – oft genug auf der Flucht, in Lagern, ohne Arbeit und in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Diese Anderen können mir in der Tat helfen „die Wirklichkeit, das Evangelium und meinen spezifischen Auftrag besser zu erkennen“¹⁶.

3. Armut – eine Zuschreibung?

Gegenüber der ‚Option für die Armen‘ wird das Bedenken geltend gemacht, bei der Rede von den Armen handle es sich um eine Zuschreibung, die Menschen auf ihre Defizite festlege. In der Rede von den Armen spiegelt sich jedoch die Objektivität gesellschaftlicher Verhältnisse, die Menschen arm machen und ihnen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben verweigern. Dieser Zustand ist keine Zuschreibung, sondern bittere Realität, die skandalisiert werden muss und nicht ‚positiv weggedacht‘ werden darf. Von dieser analytischen Ebene ist die Begegnung mit Menschen zu unterscheiden, denen die Teilhabe verweigert wird. Hier geht es – im Rahmen der ungeschminkt zu analysie-

renden und zu benennenden objektiven Ungleichheit – um Begegnungen ‚auf Augenhöhe‘. Ohne Bewusstsein der realen gesellschaftlichen Ungleichheiten wird sie zu deren illusionärer Verklärung.

4. ‚Option mit den Armen‘?

Aus der Besorgnis heraus, dass der Begriff ‚Option für die Armen‘ ein Verhältnis von ‚oben‘ und ‚unten‘ widerspiegelt und möglicherweise verfestigt, wird vorgeschlagen von ‚Option mit den Armen‘ zu sprechen. Dagegen sprechen mehrere Gesichtspunkte:

- Unter theologischem Aspekt geht es um Gottes ‚Option für die Armen‘, d.h. um Gottes ‚Dasein‘ und ‚Geschehen‘ für die Armen. Gott hat sich für die Armen entschieden, sie erwählt‘ und will mit ihnen den Weg der Befreiung gehen. Das Mitgehen gründet im ‚pro‘ der Gnade, d.h. der freien Entscheidung Gottes.
- In der gegenwärtigen Situation der Kirche wäre es eine Selbstüberschätzung, wollte sie beanspruchen, den Weg ‚mit den Armen‘ zu gehen. In weiten Kreisen diskutiert sie ja noch, wer die ‚Armen‘ sind und wo sie gesellschaftlich aufzufinden sind. Die Rede von der ‚Option für die Armen‘ schließt den Weg mit den Armen nicht aus, sondern ein, macht aber deutlich, dass dem Weg mit den Armen ein ‚Perspektivenwechsel‘, eben die Entscheidung für die Armen vorausgehen muss. Theologisch gesprochen: Die Kirche muss umkehren und sich Gottes Entscheidung für die Armen ‚zu eigen‘ machen. Dann kann sie einen Weg an der Seite der Armen gehen. Grundlage dafür bleibt die ‚Option für die Armen‘, die immer wieder erneuert werden muss.

- ‚Option für die Armen‘ schließt eine falsche Unmittelbarkeit gegenüber den Armen aus. Sie geht davon aus, dass es unverzichtbar ist, die Stimme der ‚Betroffenen‘ zu hören. Dennoch haben diese Stimmen nicht schon ‚recht‘, weil sie von ‚Betroffenen‘ kommen. ‚Arme‘ sind auch nicht schon, weil sie arm sind, bessere Menschen. Die Zerstörungsprozesse, denen sie ausgesetzt sind, die Krisen, die sie zu verarbeiten haben, bringen manche von ihnen auch in die Nähe rassistischen, sexistischen, antisemitischen oder antiziganistischen Gedankenguts; zur Suche nach Sündenböcken für ihre Leiden. Dies kann aber nicht einfach bestätigt werden, sondern bedarf der Reflexion und der kritischen Auseinandersetzung. Es darf aber nie dazu führen, dass die ‚Option für die Armen‘ relativiert oder zurück genommen wird. Sie gilt ja nicht moralisch besonders qualifizierten Menschen, sondern all denen, die der Gewalt der Ausgrenzung und Diskriminierung ausgesetzt sind.

Angesichts objektiver Not und objektiver gesellschaftlicher Verhältnisse muss die ‚Option für die Armen‘ zur Geltung gebracht werden und darf nicht – ‚gut gemeint‘ – verwässert bzw. verfälscht werden.

Anmerkungen

1 Vgl. Bischof Ackermann (2014), Perspektivwechsel. Gedanken in der Halbzeit der Synode, <http://www.synode-trier.de/wp-content/uploads/2015/01/Bischof-Stephan-Perspektivenwechsel.-Gedanken....pdf>

2 Papst Franziskus (2013), Evangelii gaudium, S. 198.

3 Ebd., S. 197.

4 Ebd., S. 195.

5 Bischof Ackermann, Perspektiven-Wechsel: Evangelisierung konstituiert Kirche, Silvester-Predigt 2014 im Trierer Dom.

6 Evangelii Gaudium, S. 230.

7 Ebd.

8 Kardinal Martini (2012), Letztes Interview als „spirituelles Testament“.

9 Vgl. Evangelii Gaudium, S. 59f.

10 Ebd., S. 53.

11 Ebd.

12 Ebd.

13 Rede von Papst Franziskus beim Treffen der Basisgemeinden im Vatikan (2014), Übersetzung Norbert Arntz, in: Publik Forum Dossier „Die Kraft der Armen“.

14 Bischof Ackermann, Perspektivenwechsel, S. 3.

15 Ebd.

16 Ebd.

März

01.-29.03.2015,

Bistümer und Landeskirchen im Westen und Südwesten Deutschlands sowie Luxemburg

Autofasten mit Angeboten der Verkehrsverbände. Infos unter www.autofasten.de

April

04.04., Saarbrücken, Ostermarsch

Die Waffen nieder! Auslandseinsätze stoppen! Keine Kampfdrohnen! Waffenexporte verbieten! Bundeswehr raus aus den Schulen! Verhandeln statt schießen!

11 Uhr: Demo ab Johanneskirche in Saarbrücken

12 Uhr: Abschlusskundgebung St. Johanner Markt, Hauptredner: Otmar Steinbicker, Aachen

15.04., 16-19 Uhr, Andernach (Bischof-Bernhard-Stein-Haus, Ludwig-Hillesheim-Str. 3)

Stopt den Waffenhandel

Was steckt hinter den deutschen Waffenexporten?

Fortbildung für (Religions-)LehrerInnen und Interessierte

Referent: Dominic Kloos (Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar)

Infos: www.dekanat-andernach-bassenheim.de

16.04., 19-21 Uhr, Saarwellingen, Bilsdorferstraße 28

Kunst trifft Krise

...sehen und erkennen, was dahinter steckt

Veranstaltungsreihe und Lesezirkel für Menschen, die Lust an Erkenntnis haben.

Titel: Der militaristische Beginn des Kapitalismus oder "Der Knall der Moderne. Innovation durch Feuerwaffen, Expansion durch Krieg: Ein Blick in die Urgeschichte der abstrakten Arbeit" (Robert Kurz) – Impuls und Diskussion

Infos im Netzbüro, s. Impressum S. 9

28.04., 19.30 Uhr, Sozialforum Koblenz, Christuskirche/Café Atempause

Wie können Flüchtlinge unterstützt werden? Initiativen stellen sich vor

ReferentInnen: N.N.

Infos im Netzbüro, s. Impressum S. 9

Juni

30.06., 19.30 Uhr, Sozialforum Koblenz, Christuskirche/Café Atempause

Einführung in die kritische Psychologie

Referent: Jörg Kress (AK Kritische Sozialarbeit, Koblenz)

Infos im Netzbüro, s. Impressum S. 9

Juli

11.07., 10.30-16 Uhr, Netzversammlung, Polch

Zur Kritik der Politischen Ökologie im Kapitalismus

Referent: Prof. Dr. Markus Wissen (Hochschule für Wirtschaft und Recht, Berlin)

Infos im Netzbüro, s. Impressum S. 9

Herbst

04.-14.11.

Ökumenischer Pilgerweg für Klimagerechtigkeit von Flensburg nach Paris zum Weltklimagipfel

In den ersten zwei Novemberwochen führt der Weg u.a. durch Remagen, Andernach, Mendig, Münstermaifeld, Cochem, Wittlich und Trier.

Weitere Infos und Kontakt: Diözesanstelle Weltkirche, Ludwig Kuhn, weltkirche@bgv-trier.de, 0651 7105 396

Viele weitere Termine sind unter TERMINE auf www.oekumenisches-netz.de zu finden

Die Termine der verschiedenen Arbeitskreise, in denen das Netz aktiv ist (AK Theologie und Politik, Exit, Runder Tisch GFS, pax christi Gruppe Koblenz oder 'Kunst trifft Krise' im Saarland) können jederzeit im Netzbüro angefragt werden, s. Impressum S. 9.